

Wiedervereinigt wider Willen: Mit Druck und Finanzhilfen integriert Russland die ehemaligen Sowjetrepubliken

Spahn, Susanne

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Spahn, S. (2014). Wiedervereinigt wider Willen: Mit Druck und Finanzhilfen integriert Russland die ehemaligen Sowjetrepubliken. *Russland-Analysen*, 283, 6-21. <https://doi.org/10.31205/RA.283.02>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Wiedervereinigt wider Willen

Mit Druck und Finanzhilfen integriert Russland die ehemaligen Sowjetrepubliken

Susanne Spahn, Berlin

Zusammenfassung

Seit 2010 hat die Putin-Führung ihre Integrationsaktivitäten im postsowjetischen Raum intensiviert: mit der Neugründung der Zollunion, die zwei Jahre später zum Einheitlichen Wirtschaftsraum ausgebaut wurde und 2015 in die Eurasische Wirtschaftsunion münden soll. Ende Mai 2014 unterzeichneten die Präsidenten Russlands, Kasachstans und Belarus' den Vertrag zur Gründung der Eurasischen Wirtschaftsunion (Jewrasijskij Ekonomitscheskij Sojus; russ. Abk.: JeAES). Es soll damit ein Binnenmarkt mit 170 Millionen Menschen entstehen, in dem die Freiheit von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital herrscht. Armenien hat angekündigt, ebenfalls beitreten zu wollen. Das neue eurasische Reich ist Putins geopolitisches Kernprojekt, der Versuch, eine von Russland dominierte Union als Gegengewicht zur EU zu etablieren und damit die russische Einflussphäre zu sichern.

Das wichtigste Ziel: Machterhalt

Das wichtigste Ziel der russischen Führung ist die Erhaltung der eigenen Macht. Diesem Ziel sind alle anderen Ziele der Innen- und Außenpolitik untergeordnet. Die russische Staatsführung um Präsident Wladimir Putin will im eigenen Land und im postsowjetischen Raum mögliche Regimewechsel nach dem Vorbild der Farbenrevolutionen oder des Euromaidan in der Ukraine verhindern. Insbesondere in der Revolution in der Ukraine wird eine Gefahr für das eigene autoritäre Regime gesehen. In der Außenpolitik beansprucht Russland bereits seit Anfang der 90er Jahre den postsowjetischen Raum als »Sphäre privilegierter Interessen«, also als exklusive Einflussphäre, die gegenüber dritten Mächten zu verteidigen ist. Hier wird insbesondere die Östliche Partnerschaft der EU als Konkurrenz um den Einfluss im postsowjetischen Raum wahrgenommen. Die Außenpolitik ist in Russland zudem auch ein wichtiger Faktor der Innenpolitik: Es geht darum, Stärke zu demonstrieren und die Großmacht Russland zu stärken. Wie die patriotische Euphorie über die Annexion der Krim gezeigt hat, instrumentalisiert die russische Führung Außenpolitik erfolgreich für ihre Machtinteressen. Die Außenpolitik verleiht somit der russischen Führung Popularität und Legitimität, nachdem der wirtschaftliche Modernisierungskurs gescheitert ist.

Die Idee der Eurasischen Union

Die Funktion der Eurasischen Wirtschaftsunion muss in diesem Kontext gesehen werden: Geostrategische Interessen gaben bei dieser Initiative den Ausschlag. Putin führte dazu in einem Beitrag in der Zeitung *Iswestija* aus: »Wir schlagen das Modell einer starken supranationalen Vereinigung vor, die fähig ist, einen der Pole der heutigen Welt zu bilden« (*Iswestija* v. 3. 10. 2011; <<http://izvestia.ru/news/502761>>) Wenn es der russischen Führung

gelingt, Russland als bedeutendes Machtzentrum in einer multipolaren Weltordnung zu verankern, dient dies auch ihrem eigenen Machterhalt.

Das wirtschaftliche Interesse Russlands am gemeinsamen Binnenmarkt spielt eine untergeordnete Rolle, denn Russland wickelt nur einen geringen Teil seines Außenhandels mit Belarus und Kasachstan ab (vier bzw. drei Prozent im Jahr 2012). Umgekehrt ist Russland für Belarus der mit Abstand wichtigste Handelspartner; Kasachstan wickelt etwa ein Sechstel seines Handels mit Russland ab. Die wirtschaftlichen Präferenzen sind das Hauptinteresse von Belarus zur Teilnahme an den russisch dominierten Integrationsprojekten. Minsk spart durch die zollfreie Einfuhr von russischem Gas und Öl zu Vorzugspreisen etwa sechs Milliarden Dollar jährlich – das entspricht etwa zehn Prozent des belarussischen Bruttoinlandsprodukts. Das ist der Preis, den die Putin-Führung für die Teilnahme an ihrem geopolitischen Prestigeobjekt zahlt. Auch die Unterzeichnung des Vertrags zur Schaffung der Eurasischen Wirtschaftsunion ließ sich der belarussische Präsident Aleksandr Lukaschenka gesondert bezahlen: Bislang musste Belarus die Zölle für russisches Öl, das in Belarus weiterverarbeitet und als Benzin in den Westen weiterverkauft wird, erstatten. Die Hälfte dieser Kompensationen wurden Belarus nun erlassen, damit wird Minsk von 2015 an weitere 1,5 bis 2 Mrd. US-Dollar an Subventionen erhalten. Der Export von Ölprodukten ist eine wichtige Einkommensquelle für die weitgehend unreformierte belarussische Staatswirtschaft: nach Angaben der belarussischen Nachrichtenagentur Belapan erwirtschaftete Belarus 2013 dadurch mehr als zehn Milliarden USD, das ist etwa ein Drittel des Exporterlöses des Landes. Da die Öl-Branche in Belarus vom Import aus Russland abhängig ist, demonstriert dies die starke wirtschaftliche Abhängigkeit von Russland. Außerdem ist

Russland einer der wichtigsten Kreditgeber des Landes: nachdem Moskau in diesem Jahr bereits Kredite über 2 Mrd. USD an Minsk vergeben hat, legte der russische Ministerpräsident Dmitrij Medwedew im September noch einmal nach und vergab einen 1,5 Mrd. USD-Kredit an die belarussische Regierung. Das hochverschuldete Belarus hängt somit am Tropf russischer Subventionen. Die Außenverschuldung beträgt nach Angaben der belarussischen Nationalbank bereits 56 % des BIP. Es ist zweifelhaft, ob Belarus die Stabilitätskriterien des Eurasischen Wirtschaftsraums erfüllen wird, die ähnlich der Maastricht-Kriterien in der EU Begrenzungen für die Gesamtverschuldung und die Inflation vorsehen.

Eurasische Wirtschaftsunion und Zollunion

Die Eurasische Wirtschaftsunion ist bereits verkündet worden, ohne dass die ihr vorausgehende Integrationsstufe, die 2010 in Kraft getretene Zollunion erreicht wäre. Die Partner der Zollunion sind von einer gemeinsamen Handelspolitik gegenüber Drittstaaten weit entfernt, wie der Konflikt um die Ukraine zeigte. So droht Russland, Importzölle auf ukrainische Waren zu erheben, wenn das Freihandelsabkommen zwischen der EU und der Ukraine in Kraft treten sollte. Zwar wurde die Implementierung des wirtschaftlichen Teils des Assoziierungsabkommens auf 2016 verschoben, aber die russische Regierung hat bereits vorsorglich eine entsprechende Verfügung erlassen. Die Drohkulisse Russlands erhält jedoch Risse, weil sich ausgerechnet die Bündnispartner Belarus und Kasachstan widersetzen. Beide Staaten haben eine Resolution des Rates der Eurasischen Wirtschaftskommission über ein neues Handelsregime mit der Ukraine abgelehnt. Nun kann Russland immer noch im Alleingang handeln. Aber die Handelsbarrieren können umgangen werden, indem ukrainische Exporteure ihre Waren über Belarus auf den russischen Markt bringen.

Es ist aber nicht nur die fehlende Einigkeit in der Handelspolitik, auch untereinander leidet der Handel: »Bis zu einem gemeinsamen Markt ist es noch weit. Es gibt noch nicht einmal den absolut freien Warenverkehr«, kritisierte der Moskauer Wirtschaftswissenschaftler Aleksandr Knobel vom Gajdar-Institut für Wirtschaftspolitik im Gespräch mit der Autorin. Zahlreiche Hindernisse erschweren laut Knobel den Handel zwischen den Partnern. Die Eurasische Wirtschaftsunion sei nur ein Wechsel der Etiketten: »Bislang hat sich nur die Bezeichnung des Integrationsprojektes geändert, aber die Teilnehmer versuchen immer noch, die innerhalb der Zollunion ungelösten Probleme zu bewältigen«, sagte Knobel. Diese Ansicht teilt Pawel Koktyschew, Generaldirektor des Instituts für Entwicklung und Wirtschaftspolitik in Almaty. Die Zollunion sei eine »bürokratische Organisation«, der nicht die Prinzipien des Freihandels

zugrunde lägen. Stattdessen »wetteifert jede Seite von Anfang an darin, besonders raffinierte protektionistische Maßnahmen einzuführen«, sagte Koktyschew im Interview mit der Autorin. Ein Beispiel dafür sei, dass die kasachischen Exporteure Spirituosen nur in Spezialfahrzeugen russischer Spediteure auf dem Territorium Russlands transportieren dürften.

Die Eurasische Wirtschaftsunion

Auch ein Blick auf den am 29. Mai unterzeichneten Vertrag zur Eurasischen Wirtschaftsunion zeigt, dass zunächst die im Rahmen der Zollunion und des 2012 gegründeten Einheitlichen Wirtschaftsraums gestellten Aufgaben bewältigt werden müssen: Zwei von vier Teilen des Vertrages sind aus den Verträgen über die Zollunion von 2009 und über den Einheitlichen Wirtschaftsraum von 2011 übernommen. Der erste Teil widmet sich der Gründung neuer Organe, die im Grunde eine Umbenennung der bestehenden ist: der Oberste Eurasische Wirtschaftsrat der Staats- und Regierungschefs, ein Rat der stellvertretenden Regierungschefs der drei Mitgliedsländer und das Gericht der Eurasischen Wirtschaftsunion. Die seit 2012 agierende Eurasische Wirtschaftskommission bleibt das wichtigste Exekutivorgan des Zusammenschlusses. Erst im vierten Teil des Vertrages finden sich neue Integrationsschritte – die allerdings in die Zukunft verlegt wurden. Die sensible Frage einer Integration des Öl-, Gas- und Finanzsektors wurde auf das Jahr 2025 verlegt, also in die ferne Zukunft. Bei der Stromwirtschaft wollen die Seiten bis 2019 eine Einigung erzielen. Die einzige zeitnahe Bestimmung betrifft die Abschaffung von gegenseitigen Barrieren im Handel mit Arzneimitteln und medizinischen Geräten – bis zum 1. Juli 2016. Dies betrifft alles den gemeinsamen Markt von Waren. Der im Vertrag über den Einheitlichen Wirtschaftsraum vorgesehene gemeinsame Markt von Dienstleistungen wurde noch nicht angegangen. Auch der gemeinsame Markt für Arbeitskräfte ist nicht so bald zu erwarten. Für die Gastarbeiter aus den GUS-Staaten gibt es in Russland einschränkende Quoten, ihre Aufhebung ist wegen der weit verbreiteten Xenophobie politisch nicht opportun.

Ob die Eurasische Wirtschaftsunion das Wirtschaftswachstum der Mitgliedsstaaten fördert, wird die Zukunft zeigen. Wissenschaftler bezweifeln jedoch, dass der Zusammenschluss dreier Staaten mit ineffizienten wirtschaftlichen Strukturen die Modernisierung vorantreiben und die internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken wird. Zwei der Partner, Russland und Kasachstan, weisen eine starke Rohstoffabhängigkeit auf, der Anteil von Öl und Gas am Export dieser Länder beträgt etwa drei Viertel. Wichtiger – aus der Perspektive Russlands – ist die politische Funktion der Union: Das Eurasische Reich

soll Russlands Dominanz im postsowjetischen Raum zementieren. Denn die Mitgliedstaaten sind nur auf den ersten Blick gleichberechtigt: Die Räte sind paritätisch besetzt und entscheiden im Konsens. Umgesetzt werden die Beschlüsse von der Kommission, deren Zusammensetzung sich nach dem bisherigen Zollaufkommen richtet. So sind 84 % der mehr als 1.000 Beamten des in Moskau ansässigen Gremiums Russen, Kasachstan stellt zehn Prozent und Belarus sechs Prozent der Mitarbeiter. Obwohl Putin Wert darauf legt, die Eurasische Wirtschaftsunion nicht als Konkurrenzunternehmen zur EU darzustellen und sie als »integralen Bestandteil eines größeren Europa« bezeichnet, steht die EAES de facto im Gegensatz zur EU. Denn die Union verhindert, dass europäische Strukturen und Normen auf den postsowjetischen Raum ausgeweitet werden. Eine Mitgliedschaft in der Zollunion schließt den Freihandel mit der EU aus, so wird verhindert, dass die Adressaten der Östlichen Partnerschaft der EU Assoziierungsabkommen mit »tief greifendem und umfassendem Freihandel« abschließen.

Perspektiven der Eurasischen Union

Dass die JeAES ein wenig demokratisches Gebilde ist, verdeutlicht auch die Tatsache, dass zwei Staaten nicht ganz freiwillig beitraten. Belarus stand 2010/2011 kurz vor dem Staatsbankrott, als es der Zollunion beitrat und auch die zweite Hälfte des Aktienpakets an dem Gasverteiler Beltransgas an Gazprom verkaufte. Das politische Wohlverhalten belohnte Moskau mit wirtschaftlichen Präferenzen in Form von niedrigen Energiepreisen und Krediten. Ähnlich ging Russland auch bei Armenien vor, das auf die ursprünglich geplante Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU verzichtete und ankündigte, der EAES beizutreten. Hier waren vor allem sicherheitspolitische Argumente ausschlaggebend, denn Russland unterstützt Armenien im Konflikt mit Aserbaidschan um Berg-Karabach. Auch Armenien erhielt einen günstigen Gaspreis und trat den letzten Anteil an dem Pipelinenetz Armros gas an Gazprom ab. Diese Politik aus wirtschaftlichem Druck und der Nutzung eingefrorener Konflikte wendet Russland auch bei Georgien und der Republik Moldau an, die bislang jedoch dem Druck standhielten. Hier übt Moskau Einfluss über die abtrünnigen Provinzen Abchasien, Südossetien und Transnistrien aus. Zu den wirtschaftlichen Druckmitteln gehören die Energielieferungen und die Importverbote für georgische und moldauische Lebensmittel. Wenig erfolg-

reich war das Spiel aus wirtschaftlichem und militärischem Druck auch im Fall der Ukraine, allerdings wird die Ukraine möglicherweise für ihren Widerstand den Preis eines weiteren »Transnistriens« im Osten des Landes zahlen müssen. Mit Blick auf die Verhinderung einer EU-Assoziierung war Russland also hinsichtlich Belarus und Armeniens erfolgreich, bei der Ukraine, der Republik Moldau und Georgien nicht. Aserbaidschan als sechstes Land der Östlichen Partnerschaft ist derzeit weder an einer Integration in die EU noch in die Eurasische Wirtschaftsunion interessiert.

Fraglich ist, ob es Russland gelingen wird, die Eurasische Wirtschaftsunion zu einer politischen Union auszubauen. Belarus und Kasachstan haben sich deutlich dagegen ausgesprochen. Auch im Konflikt mit dem Westen wegen der Ukraine geben die drei Mitgliedsländer kein einheitliches Bild ab. Kasachstan hat offiziell erklärt, sich an dem Embargo für westliche Lebensmittel nicht zu beteiligen. Belarus nutzt die Situation für eigene Geschäfte. Zum einen hat die belarussische Regierung Vereinbarungen mit Russland über die Lieferung von Milch, Fleisch, Zucker und anderen Lebensmitteln aus belarussischer Produktion abgeschlossen. Belarus re-exportiert aber auch Lebensmittel aus EU-Staaten. So hat sich beispielsweise der Import von Lachs nach Belarus seit der Einführung des russischen Embargos verdreifacht, wie die norwegische Firma Fjordlaks mitteilte. Dort erhält der Lachs einen neuen Zollcode und ist damit nicht mehr dem Embargo unterworfen. Die belarussische Firma SP Santa Bremor liefere den norwegischen Fisch weiter nach Russland, berichtete die russische Zeitung RBK-Daily. In Kasachstan ist man über eine Äußerung Putins verärgert, der kasachische Präsident Nursultan Nasarbajew habe einen Staat auf einem Territorium geschaffen, auf dem es zuvor nie einen Staat gegeben habe. »Die Kasachen hatten keine Staatlichkeit«, sagte Putin laut russischsprachigem Dienst der BBC (2. September 2014; <http://www.bbc.co.uk/russian/international/2014/09/140901_kazakhstan_putin>). Die Eurasische Wirtschaftsunion nütze den Kasachen wirtschaftlich, um »in den Weiten der großen russischen Welt zu bleiben«, so Putin. Dies folgte auf eine Drohung des Rechtspopulisten Wladimir Schirinowskij, Russland müsse erst die Sache mit der Ukraine klären und dann einen näheren Blick auf Kasachstan werfen. Nasarbajew warnte daraufhin im kasachischen Fernsehen, Kasachstan werde aus der Eurasischen Wirtschaftsunion austreten, wenn seine Unabhängigkeit bedroht sei.

Über die Autorin

Dr. phil. Susanne Spahn lebt als freie Journalistin, Historikerin und Politologin in Berlin. Sie ist auf Politik, Wirtschaft und Geschichte Osteuropas spezialisiert. Ihre Dissertation »Staatliche Unabhängigkeit – das Ende der ostslawischen Gemeinschaft? Die Außenpolitik Russlands gegenüber der Ukraine und Belarus seit 1991« ist 2011 in Hamburg erschienen.

Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Lesetipps zum Thema »Eurasische Integration«

- Adomeit, Hannes: Die Eurasische Union: Reintegration des postsowjetischen Raums oder Teil einer Gemeinschaft von Lissabon bis Wladiwostok?, in: Eckart D. Stratenschulte (Hg.): Heilsame Vielfalt? Integrationsstrukturen in Europa, Baden-Baden 2014, S. 229–278.
- Atilgan, Canan, Gabriele Baumann, Alexander Brakel et al.: Die Eurasische Union. Ein Integrationsprojekt auf dem Prüfstand (= KAS Auslandsinformationen 2/2014).
- Blockmans, Steven; Kostanyan, Hrant; Vorobiov, Ievgen: Towards a Eurasian Economic Union: The challenge of integration and unity, December 2012 (= CEPS Special Report No. 75 / December 2012 <<http://www.ceps.be/ceps/dld/7544/pdf>, 4. Januar 2013>), 32 S.
- Tsygankov, Andrei P. [Cygankov, Andrej P.]: Moscow's Soft Power Strategy, in: Current History, 112.2013, S. 259–264.
- Dragneva, Rilka; Wolczuk, Kataryna: Russia, the Eurasian Customs Union and the EU: Cooperation, Stagnation or Rivalry?, August 2012 (= Chatham House. Briefing Paper. Russia and Eurasia Programme REP BP 2012/01 <http://www.chathamhouse.org/sites/default/files/public/Research/Russia%20and%20Eurasia/0812bpdragneva_wolczuk.pdf, 3. August 2012>), 16 S.
- Dragneva, Rilka; Wolczuk, Kataryna (Hrsg.): Eurasian Economic Integration. Law, Policy, and Politics, Cheltenham / Brookfield: Edward Elgar 2013, 256 S.
- Jackson, Nicole J.: Trans-Regional Security Organisations and Statist Multilateralism in Eurasia, in: Europe-Asia Studies, 66.2014, Nr. 2 (07 Feb 2014), S. 181–203.
- Kassenova, Nargis: Kazakhstan and Eurasian Economic Integration: Quick Start, Mixed Results and Uncertain Future, Paris: IFRI November 2012 (= Russie NEI Reports no 14 <<http://www.ifri.org/downloads/ifrikassenovakazandeurasianintegrationengnov2012.pdf>, 30. November 2012>), 29 S.
- Krickovic, Andrej: Imperial nostalgia or prudent geopolitics? Russia's efforts to reintegrate the post-Soviet space in geopolitical perspective, in: Post-Soviet Affairs, 30.2014.
- Popescu, Nicu: Eurasian Union: the real, the imaginary and the likely, Paris: EUISS 9.9. 2014 (= Chaillot Paper No. 132 <<http://www.iss.europa.eu/uploads/media/CP132.pdf>, 9. September 2014>), 45 S.
- Roberts, Sean; Marin, Anaïs; Moshes, Arkady; Pynnöniemi, Katri: The Eurasian Economic Union: Breaking the pattern of post-Soviet integration?, 11.9. 2014 (= FIIA Analysis No. 3 <<http://www.fiaa.fi/en/publication/439/the EurasianEconomicUnion/>, 11. September 2014>), 20 S.
- Sadowski, Rafal: Partnership in times of crisis. Challenges for the Eastern European countries' integration with Europe, July 2013 (= OSW Point of View, Number 36 <http://www.osw.waw.pl/sites/default/files/pw36enpartner_shipnet.pdf, 8. August 2013>), 53 S.
- Saivetz, Carol R.: The ties that bind? Russia's evolving relations with its neighbors, in: Communist and Post-Communist Studies, 45.2012, Nr. 3–4, S. 401–412.
- Satpajew, Dossym: Die Eurasische Wirtschaftsunion als geopolitisches Instrument und Wirtschaftsraum: eine Analyse aus Kasachstan, Juni 2014 (= Friedrich Ebert Stiftung. Perspektive <<http://library.fes.de/pdf-files/id-moe/10810.pdf>, 20. Juni 2014>), 7 S.
- Shumylo-Tapiola, Olga: Ukraine at the Crossroads: Between the EU DCFTA and Customs Union, Paris: IFRI avril 2012 (= Russie.Nei.Reports, n° 11 <<http://www.ifri.org/downloads/rnr11shumylotapiolaapril2012.pdf>, 8. Mai 2012>), 25 S.
- Spahn, Susanne: Warum die ostslawische Gemeinschaft der Russen, Belarussen und Ukrainer gescheitert ist, in: Agnieszka Gasior, Lars Karl, Stefan Troebst (Hg.): Post-Panslavismus. Slavizität, Slavische Idee und Antislavismus im 20. und 21. Jahrhundert, Göttingen 2014, S. 258–273.
- Starr, S. Frederick; Cornell, Svante E. (Hrsg.): Putin's Grand Strategy: The Eurasian Union and Its Discontents, Washington, D.C. / Stockholm: Central Asia-Caucasus Institute / Silk Road Studies Program 2014 (= <<http://www.silkroadstudies.org/new/docs/publications/1409EurasiaUnion.pdf>, 17. September 2014), 203 S.
- Tolksdorf, Dominik: The EU, Russia and the Eastern Partnership: What Dynamics under the New German Government?, February 2014 (= Note du Cerfa No.109 – Russie.Nei.Visions No.74 <<http://www.ifri.org/downloads/ndc109tolksdorfeng.pdf>, 11. Februar 2014>), 24 S.
- Trenin, D.; Lipman, M.; Malashenko, A.: The end of an era in EU-Russia relations, Moscow: Carnegie Moscow Center May 2013 (= <<http://carnegieendowment.org/files/newerarussiaeu.pdf>, 24 S.
- Wisniewska, Iwona: Eurasian integration. Russia's attempt at the economic unification of the Post-Soviet area, July 2013 (= OSW Studies, Number 44 <http://www.osw.waw.pl/sites/default/files/prace44eurasian-integration_net.pdf, 8. August 2013>), 41 S.

STATISTIK

Der Außenhandel von Russland, Kasachstan und Belarus

Tabelle 1: Außenhandelsdaten der Mitgliedsstaaten der geplanten Eurasischen Wirtschaftsunion im Vergleich für 2013

	Russland		Kasachstan		Belarus	
	in Mio. US \$	in %	in Mio. US \$	in %	in Mio. US \$	in %
Exporte	526.392,4	100,0 %	84.700,4	100,0 %	37.203,0	100,0 %
Exporte in die GUS	73.490,3	14,0 %	10.881,5	12,8 %	23.015,0	61,9 %
Exporte nach Belarus	20.028,0	3,8 %	58,3	0,1 %		
Exporte nach Kasachstan	17.460,1	3,3 %			870,4	2,3 %
Exporte nach Russland			5.875,3	6,9 %	16.837,5	45,3 %
Exporte in übrige Länder	452.902,1	86,0 %	73.818,9	87,2 %	14.188,0	38,1 %
Importe	317.806,0	100,0 %	48.805,6	100,0 %	43.023,0	100,0 %
Importe aus GUS	41.309,4	13,0 %	22.672,1	46,5 %	25.209,0	58,6 %
Importe aus Belarus	13.555,0	4,3 %	698,3	1,4 %		
Importe aus Kasachstan	9.010,7	2,8 %			82,4	0,2 %
Importe aus Russland			17.971,8	36,8 %	22.904,9	53,2 %
Importe aus übrigen Ländern	276.496,2	87,0 %	26.133,5	53,5 %	17.814,0	41,4 %

Quelle: Daten der russischen Zollstatistik, Föderaler Zolldienst <<http://www.customs.ru/>>

Tabelle 2: Außenhandel der Russischen Föderation (in Mio. US \$)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2013 in % der Gesamtexporte
Exporte							
Exporte ins »Ferne Ausland«	397.925	254.856	336.959	437.283	447.277	452.902	
Exporte in die GUS	69.656	46.811	59.685	79.435	78.107	73.490	
Gesamtexporte	467.581	301.667	396.644	516.718	525.383	526.392	
Länder nach Exportvolumen 2013							
Niederlande	56.973	36.407	53.963	62.695	76.803	70.126	13,32 %
Italien	41.999	25.100	27.404	32.658	32.428	39.315	7,47 %
Deutschland	33.164	18.710	25.103	34.158	35.594	37.028	7,03 %
China	21.142	16.687	20.325	35.030	35.727	35.631	6,77 %
Türkei	27.655	16.377	20.367	25.350	27.439	25.500	4,84 %
Ukraine	23.567	13.836	23.143	30.492	27.204	23.796	4,52 %
Belarus	23.507	16.726	18.058	24.930	24.566	20.028	3,80 %
Japan	10.327	7.251	12.835	14.643	15.590	19.649	3,73 %

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 2: Außenhandel der Russischen Föderation (in Mio. US \$) (Fortsetzung)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2013 in % der Gesamt- exporte
Polen	20.194	12.503	14.936	21.367	19.878	19.582	3,72 %
Kasachstan	13.299	9.147	10.796	14.099	15.080	17.460	3,32 %
<i>Importe</i>							
Importe aus der GUS	36.607	21.818	31.606	44.841	41.642	41.309	
Importe aus dem »Fernen Ausland«	230.494	145.530	197.439	260.920	272.508	276.496	
Gesamtimporte	267.101	167.348	229.045	305.760	314.150	317.806	
<i>Länder nach Exportvolumen 2013</i>							
China	34.780	22.795	39.036	48.202	51.844	53.212	16,74 %
Deutschland	34.115	21.229	26.714	37.683	38.300	37.916	11,93 %
USA	13.790	9.170	11.135	14.584	15.309	16.537	5,20 %
Ukraine	16.254	9.131	14.044	20.123	17.980	15.791	4,97 %
Italien	11.002	7.891	10.044	13.402	13.426	14.554	4,58 %
Japan	18.586	7.252	10.301	15.017	15.676	13.563	4,27 %
Belarus	10.552	6.718	9.816	14.509	11.866	13.555	4,27 %
Frankreich	10.015	8.431	10.118	13.276	13.772	13.012	4,09 %
Südkorea	10.594	4.866	7.273	11.582	10.985	10.315	3,25 %
Kasachstan	6.379	3.697	4.478	6.579	8.618	9.011	2,84 %

Quelle: Daten der russischen Zollstatistik, Förderaler Zolldienst <<http://www.customs.ru/>>

Tabelle 3: Außenhandel Belarus (in Mio. US \$)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2013 in % der Gesamt- exporte
Exporte insgesamt	32.571	21.304	25.284	41.419	46.060	37.203	
Exporte in die GUS	14.360	9.316	13.636	20.375	23.693	23.015	
davon: Exporte nach Russland	10.552	6.718	9.954	14.509	16.309	16.837	
Exporte in übrige Länder	18.211	11.988	11.648	21.044	22.367	14.188	
<i>Warenexport der Republik Belarus nach Ländern (nach Exportvolumen 2013)</i>							
Russland	10.551,9	6.718,5	9.953,6	14.508,6	16.308,9	16.837,5	45,26 %
Ukraine	2.777,9	1.691,5	2.560,1	4.159,8	5.557,2	4.195,8	11,28 %
Niederlande	5.408,2	3.698,0	2.845,6	6.128,5	7.551,3	3.330,4	8,95 %

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 3: Außenhandel Belarus (in Mio. US \$) (Fortsetzung)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2013 in % der Gesamt- exporte
Deutschland	812,0	987,4	460,8	1.826,4	1.737,1	1.753,4	4,71 %
Litauen	619,2	362,3	450,5	857,2	1.181,2	1.072,6	2,88 %
Großbritannien	1.415,5	803,7	935,2	404,0	556,6	1.024,2	2,75 %
Italien	322,1	187,2	195,4	552,3	676,7	901,9	2,42 %
Kasachstan	365,2	313,4	464,8	674,0	806,9	870,4	2,34 %
Polen	1.798,4	823,2	885,8	1.124,8	949,7	781,8	2,10 %
Importe insgesamt	39.381	28.569	34.884	45.759	46.404	43.023	
Importe aus der GUS	25.957	18.224	20.536	28.095	30.141	25.209	
davon: Import aus Russland	23.507	16.726	18.081	24.930	27.551	22.905	
Importe aus übrigen Ländern	13.424	10.345	14.348	17.664	16.263	17.814	
<i>Warenimport der Republik Belarus nach Ländern (nach Importvolumen 2013)</i>							
Russland	23.507,4	16.726,3	18.080,6	24.930,2	27.550,9	22.904,9	53,24 %
Deutschland	2.791,7	2.211,1	2.385,3	2.558,2	2.732,1	3.035,5	7,06 %
China	1.414,8	1.080,1	1.684,1	2.193,9	2.373,5	2.829,4	6,58 %
Ukraine	2.115,1	1.290,0	1.879,3	2.035,0	2.309,5	2.053,5	4,77 %
Polen	1.154,9	786,6	1.079,8	1.289,2	1.349,2	1.581,5	3,68 %
Italien	871,9	709,0	772,4	968,4	956,3	1.111,6	2,58 %
USA	484,1	429,9	421,8	556,7	634,1	587,1	1,36 %
Frankreich	560,9	393,0	384,6	430,1	436,0	495,7	1,15 %
Tschechien	336,0	238,3	317,1	354,1	440,9	495,5	1,15 %
Litauen	233,6	195,2	247,8	296,8	371,2	466,4	1,08 %
Niederlande	364,0	232,3	316,3	400,5	448,4	443,4	1,03 %
Türkei	223,2	187,6	259,4	318,9	347,2	410,1	0,95 %
...							
Kasachstan (18. Platz)	171,8	74,9	405,8	137	119	82,4	0,19 %

Quelle: Nationales Statistikkomitee der Republik Belarus, <<http://belstat.gov.by/>>

Tabelle 4: Außenhandel Kasachstan (in Mio. US \$)

	2012	2013	Veränderung zum Vorjahr
Importe Gesamt	46.358,4	48.805,6	5,28 %
Importe aus GUS	22.112,6	22.672,1	2,53 %
davon: Importe aus Russland	16.959,7	17.971,8	5,97 %
davon: Importe aus Belarus	699,9	698,3	-0,23 %
Importe aus übrigen Ländern	24.245,8	26.133,5	7,79 %
Warenimport der Republik Kasachstan aus Ländern (nach Importvolumen 2013)			
	2012	2013	2013 in % an Gesamtimporten
Importe Gesamt	46.358,41	48.805,57	
Russland	16.959,68	17.971,76	36,82 %
China	7.444,89	8.364,47	17,14 %
Deutschland	3.826,83	2.455,62	5,03 %
Ukraine	2.932,26	2.269,64	4,65 %
USA	2.131,83	2.126,86	4,36 %
Südkorea	965,62	1.265,14	2,59 %
Japan	912,23	1.078,45	2,21 %
Italien	975,56	1.034,87	2,12 %
Frankreich	651,05	1.032,54	2,12 %
Usbekistan	805,40	970,08	1,99 %
Türkei	806,65	926,13	1,90 %
Belarus	699,93	698,34	1,43 %
	2012	2013	Veränderung zum Vorjahr
Exporte Gesamt	86.448,8	84.700,4	-2,02 %
Exporte in GUS	11.417,7	10.881,5	-4,70 %
davon: Exporte nach Russland	6.136,9	5.875,3	-4,26 %
davon: Exporte nach Belarus	91,6	58,3	-36,35 %
Exporte in übrige Länder	75.031,1	73.818,9	-1,62 %
Warenexport der Republik Kasachstan nach Ländern (nach Exportvolumen 2013)			
	2012	2013	2013 in % an Gesamtexporten
Exporte Gesamt	86.448,84	84.700,37	
Italien	15.364,04	16.480,66	19,46 %
China	14.227,83	14.373,75	16,97 %
Niederlande	7.286,52	9.888,29	11,67 %
Russland	6.136,94	5.875,27	6,94 %

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 4: Außenhandel Kasachstan (in Mio. US \$) (Fortsetzung)

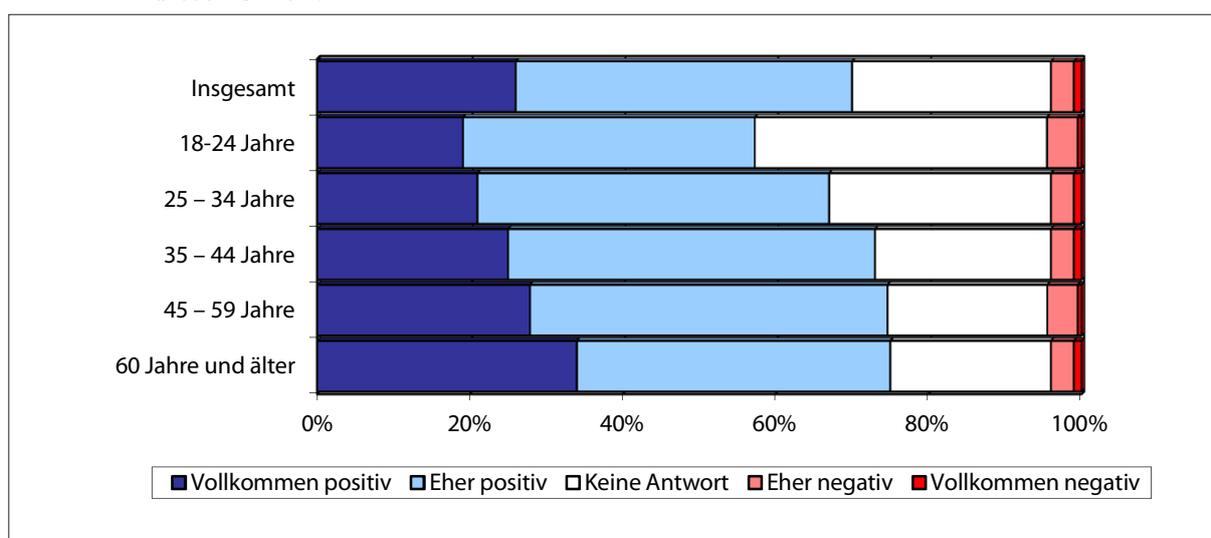
	2012	2013	2013 in % an Gesamtexporten
Frankreich	5.634,57	5.460,11	6,45 %
Schweiz	4.916,77	4.313,59	5,09 %
Österreich	4.955,90	3.614,87	4,27 %
Kanada	3.074,46	2.654,21	3,13 %
Türkei	2.705,70	2.603,06	3,07 %
Rumänien	3.032,62	2.396,49	2,83 %
Ukraine	2.382,55	2.041,42	2,41 %
...			
Deutschland	1.392,93	428,37	0,51 %
Belarus	91,75	58,29	0,07 %

Quelle: Statistikkomitee des Ministeriums für Volkswirtschaft der Republik Kasachstan, <<http://www.stat.gov.kz>>

UMFRAGEN

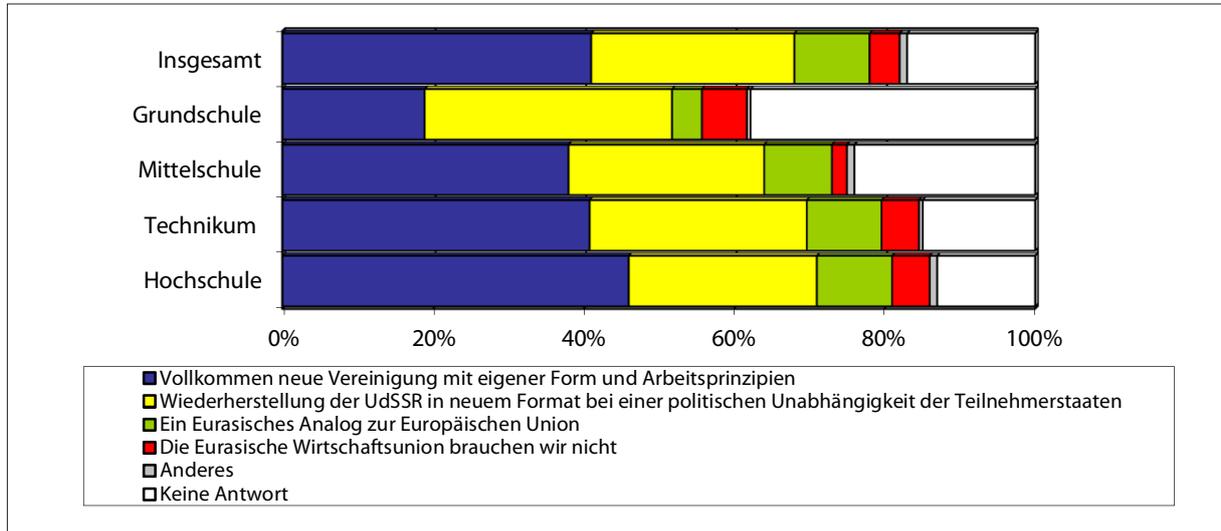
Die Eurasische Wirtschaftsunion in russischen Umfragen

Grafik 1: Am 29. Mai wurde in Astana, der Hauptstadt Kasachstans, der Vertrag zur Gründung der Eurasischen Wirtschaftsunion unterzeichnet. Wie stehen Sie zur Gründung dieser Union?



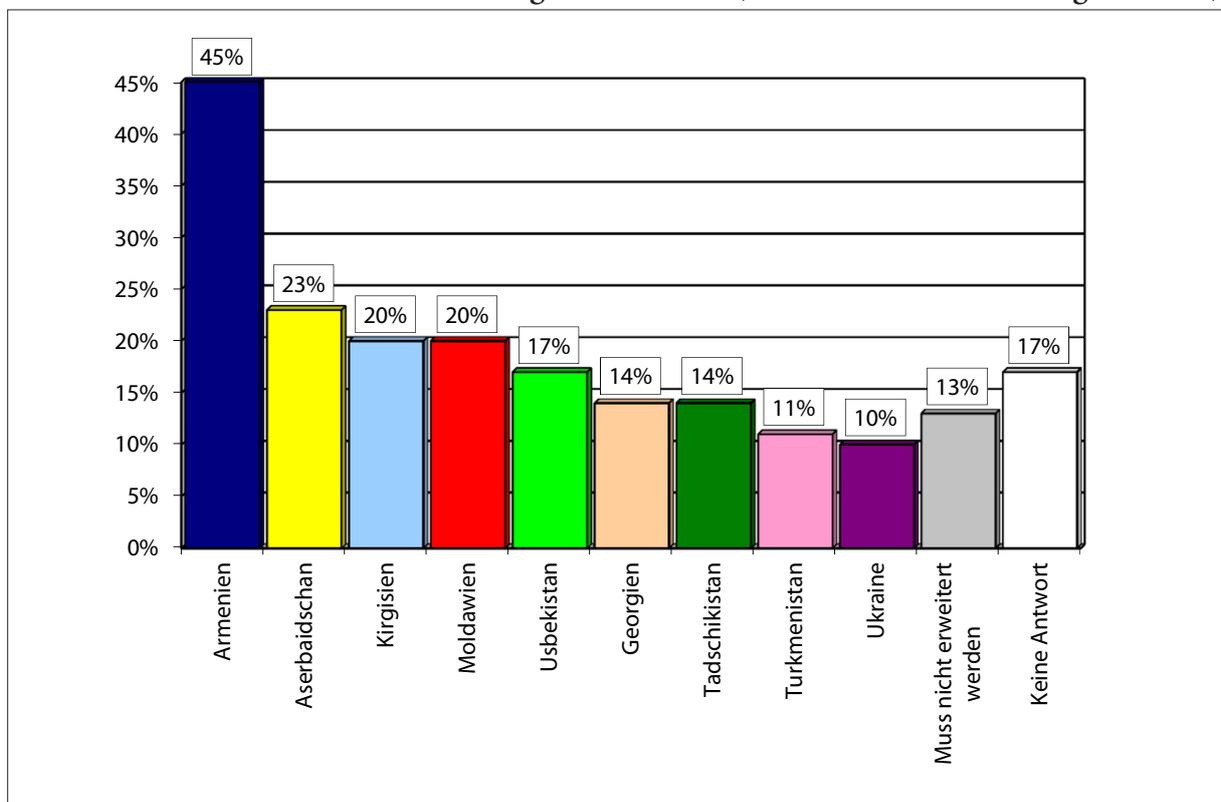
Quelle: Umfragen des WZIAM vom 14.-15. Juni 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 3. Juli 2014 unter: <<http://wciom.ru/index.php?id=459&cuid=114883>>

Grafik 2: Als was würden Sie diese Union gerne sehen?



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 14.–15. Juni 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 3. Juli 2014 unter: <<http://wciom.ru/index.php?id=459&cuid=114883>>

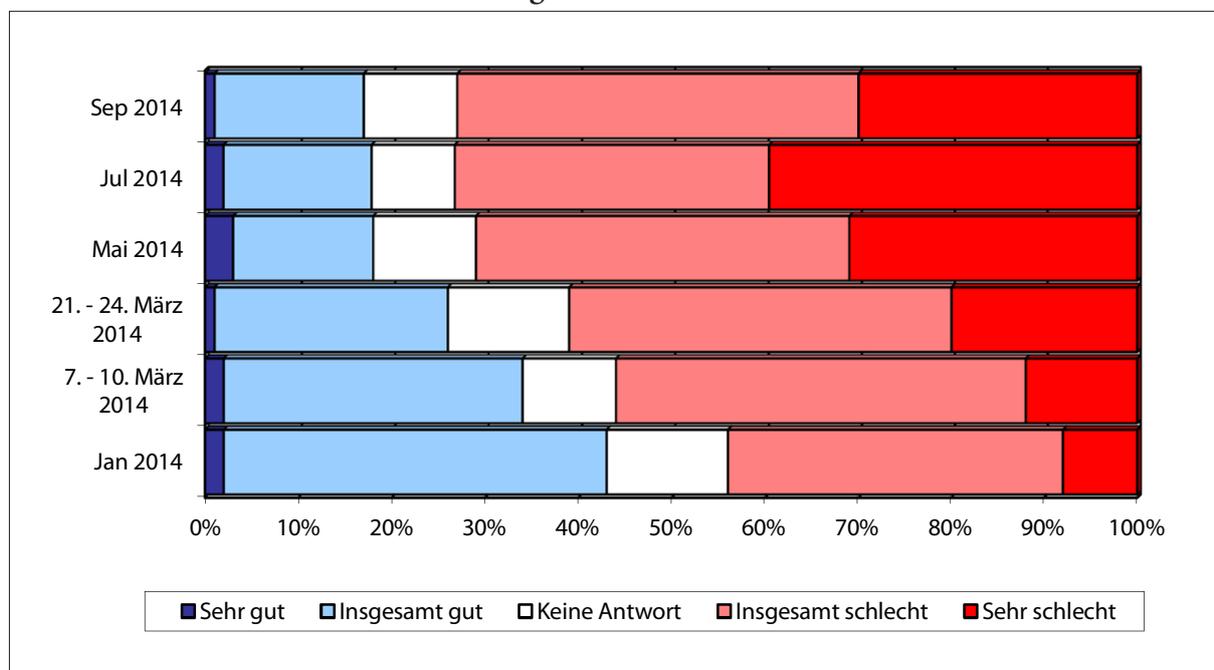
Grafik 3: Welche Länder der GUS (außer Russland, Kasachstan und Belarus) sollten in die Eurasische Wirtschaftsunion eingeladen werden (maximal drei Antwortmöglichkeiten)



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 14.–15. Juni 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 3. Juli 2014 unter: <<http://wciom.ru/index.php?id=459&cuid=114883>>

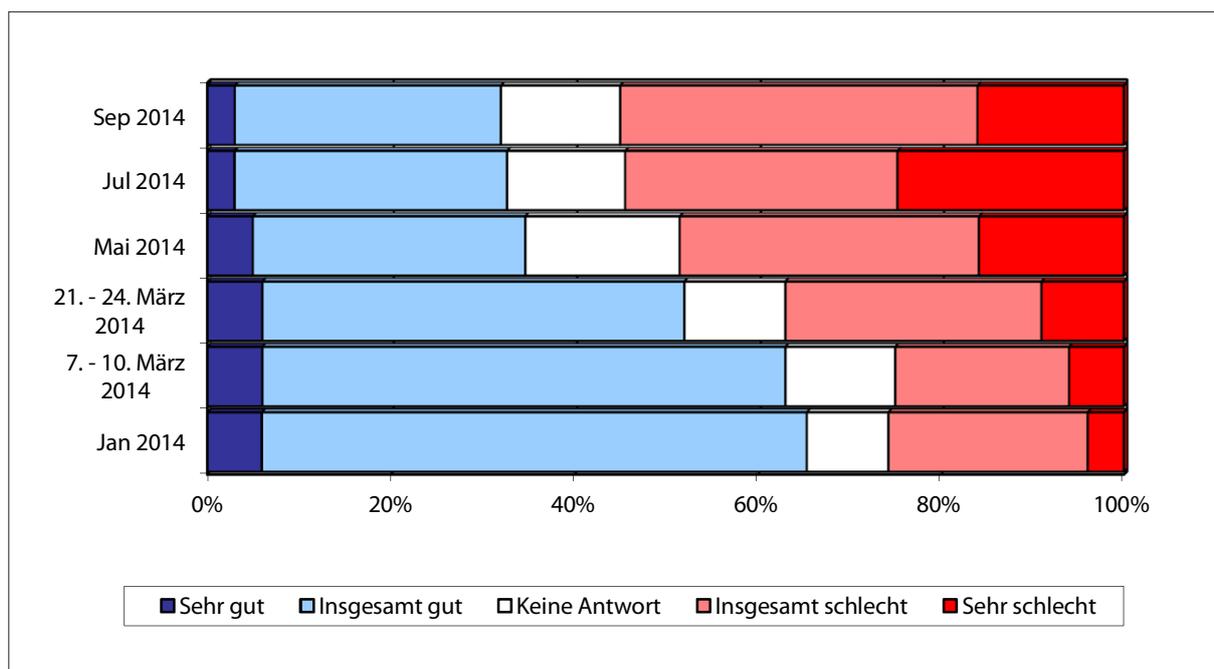
Russland und die Welt in der Zeit der russisch-ukrainischen Krise

Grafik 4: Wie stehen Sie zu den Vereinigten Staaten von Amerika?



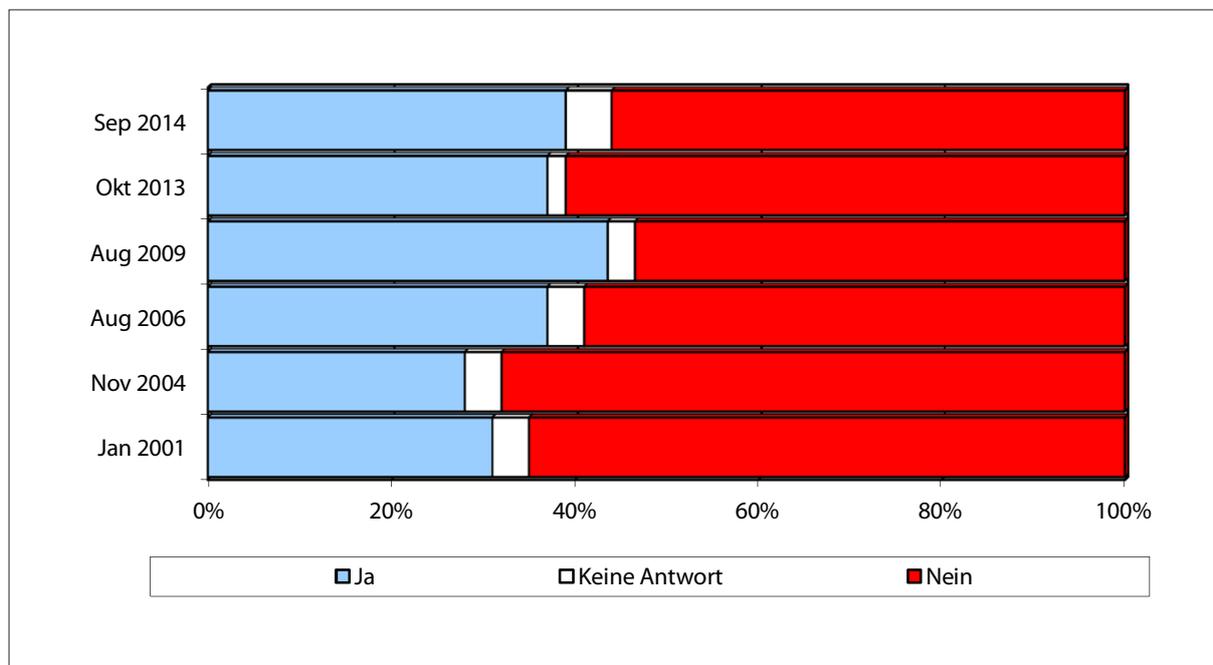
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.–22. September 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 3. Oktober 2014 unter: <<http://www.levada.ru/print/03-10-2014/mezhdunarodnye-otnosheniya-ssha-es-ukraina-belarus-i-gruziya>>

Grafik 5: Wie stehen Sie zur Ukraine?



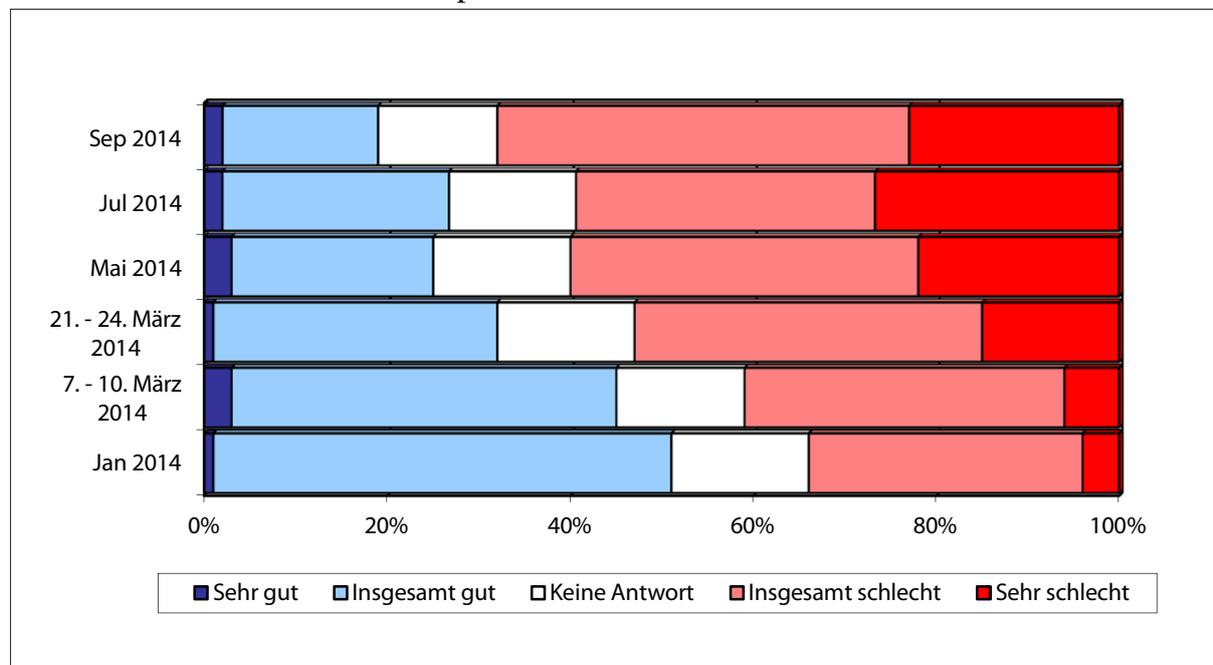
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.–22. September 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 3. Oktober 2014 unter: <<http://www.levada.ru/print/03-10-2014/mezhdunarodnye-otnosheniya-ssha-es-ukraina-belarus-i-gruziya>>

Grafik 6: Halten Sie die Ukraine für Ausland?



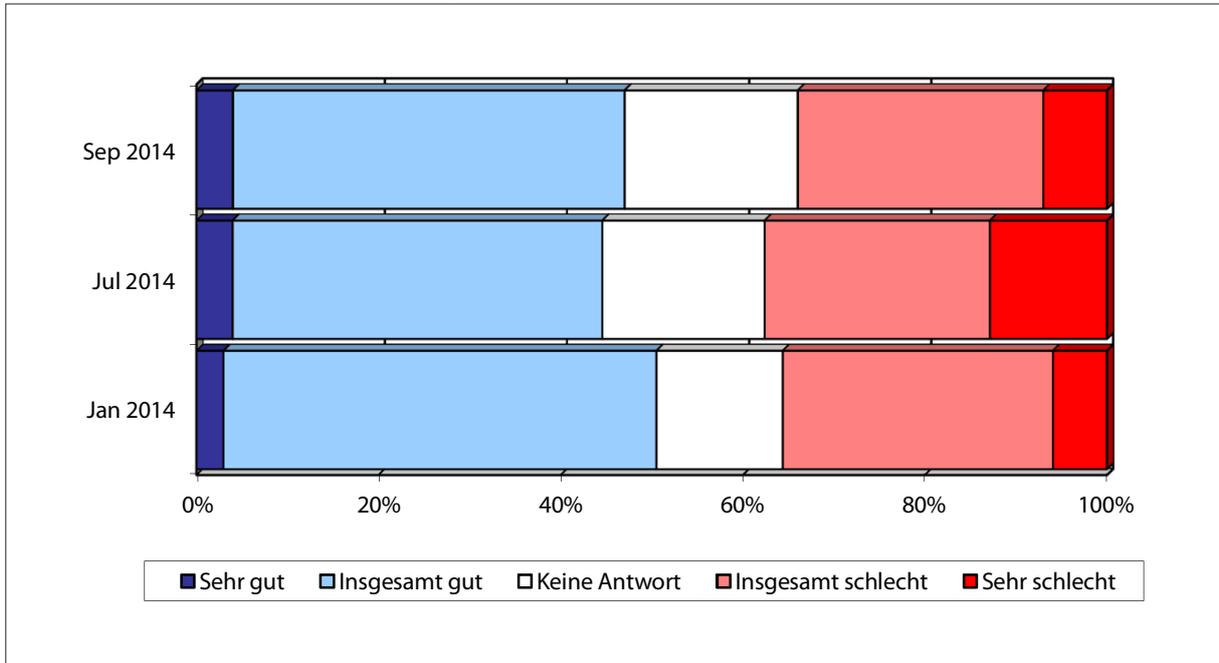
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.–22. September 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 3. Oktober 2014 unter: <<http://www.levada.ru/print/03-10-2014/mezhdunarodnye-otnosheniya-ssha-es-ukraina-belarus-i-gruziya>>

Grafik 7: Wie stehen Sie zur Europäischen Union?



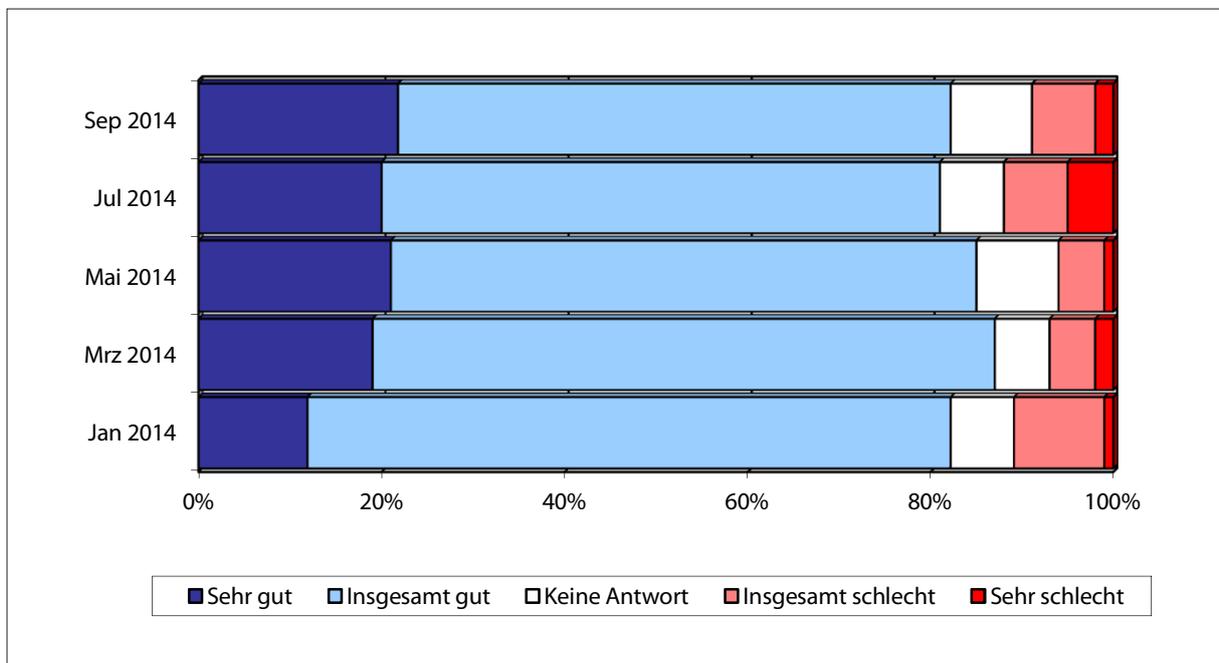
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.–22. September 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 3. Oktober 2014 unter: <<http://www.levada.ru/print/03-10-2014/mezhdunarodnye-otnosheniya-ssha-es-ukraina-belarus-i-gruziya>>

Grafik 8: Wie stehen Sie zu Georgien?



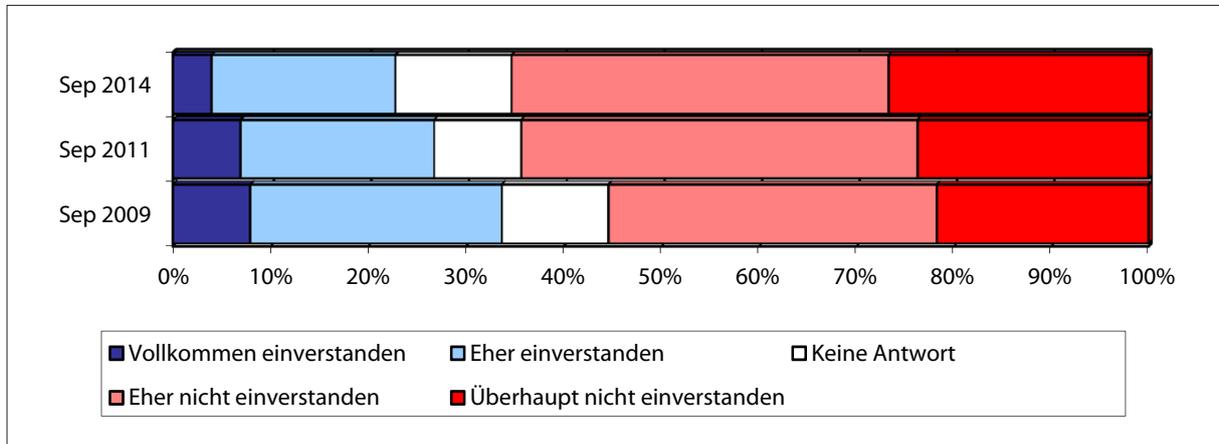
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.–22. September 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 3. Oktober 2014 unter: <<http://www.levada.ru/print/03-10-2014/mezhdunarodnye-otnosheniya-ssha-es-ukraina-belarus-i-gruziya>>

Grafik 9: Wie stehen Sie zu Belarus?



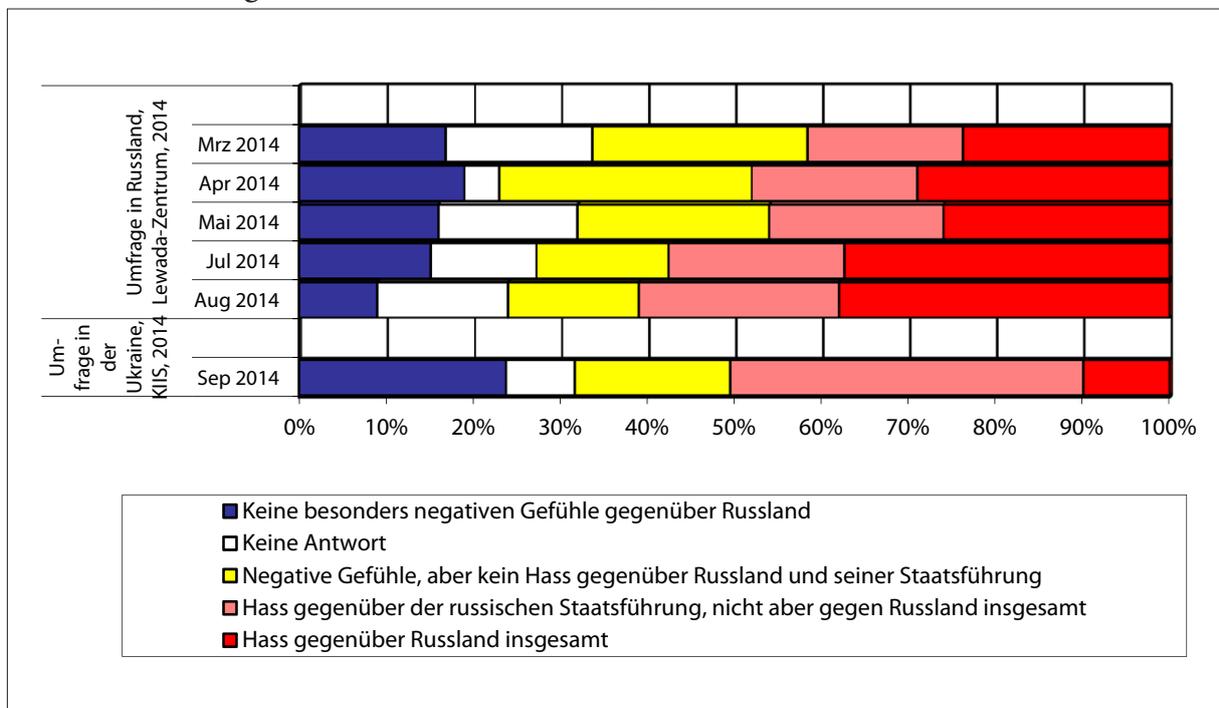
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.–22. September 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 3. Oktober 2014 unter: <<http://www.levada.ru/print/03-10-2014/mezhdunarodnye-otnosheniya-ssha-es-ukraina-belarus-i-gruziya>>

Grafik 10: Soll Russland mit allen Mittel, wenn nötig mit Gewalt, die ehemaligen Republiken der UdSSR unter seiner Kontrolle halten?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.–22. September 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 3. Oktober 2014 unter: <<http://www.levada.ru/print/03-10-2014/mezhdunarodnye-otnosheniya-ssha-es-ukraina-belarus-i-gruziya>>

Grafik 11: Was meinen Sie, welche Gefühle löst der Beitritt der Krim gegenüber Russland aus? (Umfrage in Russland und der Ukraine)



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.–22. September 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 3. Oktober 2014 unter: <<http://www.levada.ru/print/03-10-2014/rossiisko-ukrainskie-otnosheniya-v-zerkale-ukrainskogo-krizisa>>

Das Ende des »Systems«?

Seit dem 16. September 2014 steht einer der reichsten Russen, Wladimir Jewtuschenkow, unter Hausarrest. Der Besitzer des Konzerns »AFK Sistema« war nach Ansicht des Strafermittlungskomitees Russlands (SKR) an Geldwäsche beteiligt. Der einflussreiche Unternehmerverband RSPP verurteilte das harte Vorgehen der Ermittler gegen den Milliardär und bat Präsidenten Putin, den Hausarrest aufzuheben. Die Bitte der Wirtschaftseliten stieß auf taube Ohren. Die Entschlossenheit, mit der die Justiz den Oligarchen verfolgt und gegen sein Unternehmen vorgeht, lässt vermuten, dass dies mit Zustimmung des Kreml geschieht. Kritiker unterstellen denn auch politische Motive.

»Ausschluss aus dem System«

Die Geschichte der Privatisierung von Baschneft reicht bis Anfang der 1990er Jahre zurück, als der Präsident von Baschkirien Murtasa Rachimow eine Anordnung von Jelzin zur Privatisierung im Erdölsektor ablehnte, bei der Eigentumsrechte von der Region an die Föderation zu übergeben waren. Das Unternehmen blieb weitere zehn Jahre im Besitz der Republik Baschkirien. Im Jahr 2002 wurde Baschneft privatisiert und in einem dubiosen Verfahren vom Sohn des baschkirischen Präsidenten, Ural Rachimow, übernommen. Moskau versuchte mehrmals erfolglos mit Hilfe von Rechnungshof, Staatsanwaltschaft und Ermittlungsbehörden das Privatisierungsverfahren von Baschneft anzufechten. Doch alle Ermittlungen wurden schließlich wegen Verjährung eingestellt. Vor der Übernahme der Aktiva durch Wladimir Jewtuschenkow schien das Unternehmen 2009, u. a. nach Gutachten von internationalen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, sauber zu sein. Erst fünf Jahre später soll das SKR neue Delikte bei der Privatisierung von Baschneft festgestellt haben und wirft nun Ural Rachimow rechtswidrige Aneignung von Aktien des Ölunternehmens und Wladimir Jewtuschenkow die Mitwirkung bei der Legalisierung der Aktiva vor. Der Wirtschaftsexperte Alexander Poljanskij verurteilt das Gerichtsverfahren gegen Jewtuschenkow und warnt vor einer neuerlichen Revision der Privatisierung in Russland: »Verwechseln die Ermittler etwa politische Bewertungen mit juristischen? Nachdem ihm [dem Strafermittlungskomitee] Bedingungen der ziemlich aufsehenerregenden Übernahme plötzlich eingefallen sind, die fünf Jahre zurückliegt, tritt es [das Strafermittlungskomitee] da nicht selbst als Instrument zur Umverteilung des Marktes auf? Wie viele alte Geschäfte wird es zukünftig noch in Zweifel ziehen?«.

Alexander Poljanskij im Blog bei Echo Moskwy, 27.09.2014 <<http://echo.msk.ru/blog/alexpolyansky/1407786-echo/>>

»Aus Willkür? Oder verdienftermaßen?«

Kritiker werfen den Silowiki vor, dass sie hinter der Verfolgung von Jewtuschenkow zur Zerschlagung und weiteren Übernahme von Baschneft stehen. Der Ökonom Sergej Aleksaschenko zieht dabei Parallelen zum Fall Yukos und der Inhaftierung von Michail Chodorkowskij 2003 und weist auf die Skurrilität der Anschuldigungen gegen den Oligarchen hin: »Was Jewtuschenkow betrifft, oder genauer: »Sistema«, die ja die Aktien eigentlich gekauft hat, so ist allen klar, dass sie [Sistema] an Rachimow Junior (oder seinen Firmen) für diese Aktiva Geld gezahlt hat. Der Deal war also für Jewtuschenkows Firma nicht kostenlos. Auf jeden Fall müsste, wenn es um eine Kompensation an den Staat geht, für den Schaden der entstanden ist (der Erklärung des derzeitigen Präsidenten zufolge gibt es die einen solchen Schaden), dann müsste die Summe bei Rachimow Junior eingetrieben werden. [...] Das heißt (falls nachgewiesen werden sollte, dass Rachimow Junior unentgeltlich (also umsonst) die Aktien von Baschneft zum Eigentum erhalten hat): Da die Baschneft-Aktien bereits fünf Jahre nicht im Besitz von Rachimow Junior, muss dieser das Geld zurückgeben. Er. Nicht Jewtuschenkow, der (genauer: »Sistema«, wo er das Kontrollpaket hat) anders als Golodowskij diese Aktiva gekauft hat. Für eine Summe, die bekannt ist. Und bei Personen, die bekannt sind. Genau deshalb ähnelt der Arrest von Jewtuschenkow der Verhaftung von Chodorkowskij. Im einen wie im anderen Fall haben die Autoren dieser Geschichte Interesse an den Aktien des Erdölunternehmens. Und keinesfalls an Gerechtigkeit und juristischer Sauberkeit«.

Sergej Aleksaschenko im Blog bei <livejournal.com>, 17.09.2014 <<http://saleksashenko.livejournal.com/233601.html>>

»Bruch des »Sistema«

Der Fall Jewtuschenkow ist von unzähligen Entwicklungsszenarien und Gerüchten umringt, bei denen sich immer dieselbe Frage stellt: Wer könnte an der Übernahme von Baschneft ein Interesse haben? Die meisten Experten weisen vor allem auf Igor Setschin, den Chef von Rosneft, und werfen ihm vor, das Untersuchungsverfahren gegen Jewtuschenkow initiiert zu haben. Der Politologe Georgij Bowt spricht aber auch von anderen Akteuren und Voraussetzungen, die zum Hausarrest des Oligarchen geführt haben könnten:

»Um den Fall herum gibt es eine Reihe von Versionen. Der Arrest erfolgte kurz vor der zweiten Zeichnung von Baschneft-Aktien, was für das Unternehmen eine Art Verteidigung vor räuberischer Übernahme hätte sein können, doch hierzu entwickelten die anderen verehrten Herren ihre eigenen Ansichten. Die Absicht zu einer solchen Übernahme bestätigen alle Akteure dieses Marktsektors, mit Ausnahme des Pressesprechers jener Struktur, auf die mit dem Finger gezeigt wird.

Und sollte etwa Wladimir Petrowitsch [Jewtuschenkow], der als nahezu gehorsamster der Oligarchen bekannt war, es missachtet haben, wenn man ihm ganz klar, in aller »Freundschaft« von oben gesteckt hätte: Lassen Sie es, das passt jetzt ganz schlecht, Sie verstehen schon... Er hätte es verstanden. Er hat sich ja auch bis zu einem gewissen Zeitpunkt abgesichert gefühlt. Denn wie Ex-Finanzminister Alexej Kudrin richtig bemerkte, ist die Übernahme von Baschneft seinerzeit auf allen Ebenen gutgeheißen worden. Die allerhöchste, so ist anzunehmen, eingeschlossen. Anders hätte es nach dem Fall Yukos auch nicht sein können, auch wenn 2009 Medwedew Präsident war.

Wenn das stimmt, wäre es der mysteriöseste Teil des versteckten Dramas [...].

Ich neige eher zu der folgenden Version: Der Fall, wenn er nicht soweit Kreise dreht, dass er nicht mehr abzubremesen wäre, endet bestenfalls nicht einmal mit der Beschlagnahme von »Baschneft« als Ganzem, sondern mit der Übergabe der Lizenz für das Trebs-Titow-Vorkommen im Autonomen Bezirk der Nenzen.

Im Frühjahr hatte Baschneft in einem schwierigen Gerichtsverfahren diese Lizenz verteidigt. Baschneft-Polus, das Jointventure von Baschneft und Lukoil (Lukoil hat Sperrminorität), soll die Ausbeutung des Vorkommens übernehmen. Nun aber, angesichts der bekanntgewordenen fürchterlichen Umstände von Geldwäsche, die fünf oder sogar neun Jahre zurückliegt, könnte die Lizenz »sauberere Hände« übergeben werden. Stimmt diese Version, könnte im arteninternen Kampf der russischen Ölwelt Wagit Alekperows »Lukoil« als nächstes an der Reihe sein. [...]

Fälle wie der Jewtuschenkow zeigen, dass es wegen der stagnierenden Konjunktur und natürlich der verschärften Konkurrenz um die knapper werden Finanzflüsse einen Kampf innerhalb der herrschenden Nomenklatura gibt.«
Georgij Bown bei gazeta.ru, 22. 09. 2014, <<http://www.gazeta.ru/comments/column/bovt/6229945.shtml>>

»An die Unternehmer, und überhaupt«

Von einem Wechsel der Spielregeln zwischen dem Kreml und den Wirtschaftseliten spricht der Politiker Boris Nemzow in seinem Aufruf zur oppositionellen Friedensdemonstration. Nemzow zufolge können sich nun auch äußerst loyale Oligarchen in Russland kaum noch sicher fühlen: »Unternehmer haben üblicherweise viele Neider – sie sind reich, erfolgreich, können sich vieles leisten. In Russland ist es aber nicht so. Ich zum Beispiel habe Mitleid mit Unternehmern. Statt Freiheit und Unabhängigkeit [zu genießen], werden sie Sklaven ihres Kapitals und Eigentums, Geiseln ihrer Beziehungen zum Regime. Wie sie sich auch verhalten, loyal wie Jewtuschenkow oder nicht loyal wie Chodorkowskij, das Regime inhaftiert sie und plündert sie aus. [...] Dass Loyalität keine Sicherheit mehr garantiert, ist nun für alle offensichtlich. Genau deswegen denken viele von ihnen immer öfter an Auswanderung und wollen nicht kämpfen.«
Boris Nemzow im Blog bei Echo Moskwy, 19. September 2014, <http://echo.msk.ru/blog/nemtsov_boris/1402594-echo/>

*Ausgewählt und zusammengefasst von Sergey Medvedev, Berlin
(Die Blogs, auf die verwiesen wird, sind in russischer Sprache verfasst)*

NOTIZEN AUS MOSKAU

Russland und China – eine besondere Freundschaft

Jens Siegert, Moskau

In den Notizen vor zwei Wochen habe ich, bei der Diskussion über die mauen wirtschaftlichen Aussichten Russlands, eine zumindest an jener Stelle nicht belegte Behauptung aufgestellt: »Die demonstrativ nach der Krim-Annexion und den ersten westlichen, noch

eher symbolischen Sanktionen vorgenommene Wendung »nach Osten«, symbolisiert vor allem durch den Abschluss des Gasvertrags mit China, kommt nicht in Gang.« Heute will ich das nachholend mit ein paar Thesen unterfüttern.